

**Medienkonferenz zum neuen Infrastrukturbericht:
«Mit Wettbewerb und nachhaltiger Finanzierung an die Spitze» – Forderungen
der Schweizer Wirtschaft zur Infrastrukturpolitik**

Montag, 2. Juli 2012

Es gilt das gesprochene Wort

Verkehr, Post und Telekommunikation: Forderungen der Wirtschaft für die aktuelle Legislatur

Dr. Hanspeter Rentsch, Mitglied der Konzernleitung der Swatch Group AG
und Präsident der Infrastrukturkommission von economie suisse

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Grossteil der Transportleistungen wird nach wie vor auf der Strasse erbracht: 80 Prozent der Personenverkehrsleistung und rund 60 Prozent der Güterverkehrsleistung. Trotzdem werden für den Strassenverkehr inzwischen gleich viele öffentliche Mittel ausgegeben wie für den öffentlichen Verkehr. Engpässe, die viele Stautunden und enorme volkswirtschaftliche Kosten verursachen, müssen aber vor allem auch auf der Strasse beseitigt werden. Gleichzeitig findet eine umfassende Quersubventionierung von der Strasse zur Schiene – jährlich rund 2 Milliarden Franken – statt. Somit fehlen Finanzmittel für die Strasse. Auf politischer Ebene liegen mit der VCS-Initiative und dem Gegenvorschlag des Bundes (FABI) Vorlagen vor, die die Quersubventionierung verfassungsmässig zementieren wollen. Damit würde in Kürze eine Erhöhung der Strassenabgaben drohen, um die dringend nötigen Engpassbeseitigungen auf der Strasse zu finanzieren. Fakt ist, dass der steigende Mittelbedarf der Strasse keine Querfinanzierung zur Schiene erlaubt. Die FABI-Vorlage sieht auch konkrete Ausbauschritte des Schienennetzes vor. ÖV-Lobbyisten und Vertreter einiger Kantone wollen die vom Bundesrat beantragten 3,5 Milliarden Franken für den ersten Ausbauschritt bereits auf 6 Milliarden Franken erhöhen. Dabei ist nicht einmal die Finanzierung der 3,5 Milliarden Franken gesichert. Den finanzpolitischen Rahmenbedingungen ist grösste Bedeutung zuzumessen. Die Vorlage darf nicht aus regionalpolitischen Gründen mit unwirtschaftlichen Projekten überladen werden. Wichtig ist in der Infrastrukturpolitik eine nationale Sicht.

Nutzerfinanzierung markant verbessern

Während die Schweizer Europameister im Bahnfahren sind, bezahlen sie gemessen an den Kosten deutlich zu wenig. Der Eigenwirtschaftlichkeitsgrad liegt klar unter 50 Prozent. In einem ersten Schritt müssen deshalb die Nutzerfinanzierung im öffentlichen Verkehr markant verbessert und die Preissysteme zeitlich flexibilisiert werden. In einem zweiten Schritt braucht es ein verkehrsträgerübergreifendes Mobility Pricing, das alle anderen Abgaben im privaten und öffentlichen Verkehr ersetzt.

Post: Briefmarkt in dieser Legislatur vollständig öffnen

Die Schweizerische Post verfügt immer noch über ein Monopol bei Briefen bis 50 Gramm. Briefe in diesem Segment machen den grössten Teil der gesamten Sendungsmenge aus. Bei den Briefen bis 20 Gramm Gewicht gehören die Tarife der Schweizerischen Post europaweit zu den teuersten. Mit ihrem Postmonopol stellt die Schweiz je länger je mehr einen Einzelfall dar. Deutschland, Grossbritannien, die Niederlande, Finnland und Schweden verfügen schon länger über liberalisierte Postmärkte und Anfang 2011 zog die EU nach und öffnete ihre Märkte. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv. Das Restmonopol und das Fehlen eines Zugangs zu den Teilleistungen und Infrastrukturen der Post erklären, weshalb in der Schweiz Postkonkurrenten nicht über einen Marktanteil von einem Prozent hinauskommen. Dabei wird gerade der schweizerische Briefmarkt unter anderem aufgrund der ausserordentlich hohen Sendungsmengen als besonders marktauglich eingeschätzt. Eine vollständige Briefmarktöffnung muss so schnell wie möglich erfolgen, damit die Effizienzgewinne in Zukunft vermehrt den Kundinnen und Kunden weitergegeben werden. Dass die Finanzierung der Grundversorgung damit nicht gefährdet wird, zeigt auch die Tatsache, dass die Post mit der Grundversorgung insgesamt Überschüsse erzielt – alleine 655 Millionen Franken im Jahr 2010 – und damit überfinanziert ist, was zulasten der Kundinnen und Kunden geht.

Telekommunikation: Bund muss sich als Swisscom-Mehrheitsaktionär zurückziehen

In der Schweiz sind die Telekommunikationsmärkte nach der erfolgreichen Liberalisierung in funktionsfähige Märkte überführt worden. Es herrscht erfreulicherweise ein gutes Investitionsklima. Das zeigt sich auch daran, dass die Schweiz das einzige Land in Europa ist, in dem Glasfasernetze weitgehend auf Initiative der privaten Marktakteure entstehen. Ein wichtiger Grund hierfür liegt im aktuellen Regulierungsregime der Schweiz, das ihre Investitionen nicht infrage stellt. Die Finanzierung der Telekommunikation aus dem Markt heraus ist ein tragfähiges Modell und muss unbedingt beibehalten werden. Überall dort, wo es im Bereich der Netze einen monopolistischen Bottleneck gibt, muss ein diskriminierungsfreier Netzzugang gewährleistet werden. Um die politische Einflussnahme im Telekommunikationsmarkt weiter zu reduzieren, ist zudem der Rückzug des Bundes als Hauptaktionär der Swisscom anzustreben.